

**STOP STOP STOP**

**Grüne – die Verbotsparterie**

Freiheit statt Gutmenschen-Gesinnungsterror: Stoppt die grüne Verbotsparterie – und ihre schwarzrotgelben Nachhänger

Bericht auf Seite 2

**Menetekel Garbsen**

Jung-Muslime terrorisieren Anwohner, ein Gotteshaus brennt – Kirche und Politik schweigen

Kommentar auf Seite 2



**Die Energiewender bitten zur Kasse**

Die Sonne schickt keine Rechnung – die Politik dafür um so saftiger

Bericht auf Seite 2



**Wollen Sie das wirklich bezahlen?**

Von wegen, die Euro-Rettung hat noch nichts gekostet: Nach der Wahl wird's richtig teuer

Bericht auf Seite 4

**Alle stecken mit drin**

Gegenseitige Schuldzuweisungen der Altparteien in der Abhöraffaire sind albern – wir müssen um unsere Souveränität kämpfen

Kommentar auf Seite 4

**„Weiter so“ bringt uns nicht weiter. Es gibt viel zu tun – packen wir die Probleme an, bevor es zu spät ist!**

Hintergründe auf Seite 3



Foto: rike/pixelio.de

**NEUE REPUBLIK**

| www.rep.de |  
| Politik – Wirtschaft – Soziales |  
| Parteizeitung der REPUBLIKANER |  
| Ausgabe August 2013 (Nr. 06/13) |

**Notbremse ziehen – Republikaner wählen!**

**Anpacken statt weglächeln!**

**Politiker halten uns anscheinend für ziemlich doof und naiv. Sie glauben, es reicht, ein paar Geschenke zu versprechen und Probleme wegzulächeln, und schon lassen wir sie weitermachen wie bisher. Oder die anderen weiterwursteln. Euro-Krise, zu hohe Steuern, Sozialmissbrauch, Multikulti-Probleme – gibt's alles nicht, oder geht uns nichts an.**

Die Bürger wissen's besser. Sie spüren, dass sie mit der Euro-„Retterei“ nach Strich und Faden belogen werden. Der gesunde Menschenverstand sagt ihnen, dass es nicht gut gehen kann, wenn man Überschuldung durch Gelddrucken lösen will. Und sie ahnen, dass das dicke Ende noch kommt. Durch nach unten manipu-

lierte Zinsen haben die deutschen Sparer und Privatanleger in der Euro-Krise schon an die hundert Milliarden Euro verloren. Und das war erst der Anfang.

Langsam dämmert den Deutschen, dass auch die pompös verkündete „Energiewende“ ein unausgeglichener Schwindel ist. Denn jetzt geht

es ans Bezahlen. An den Subventionen für Solarstrom und Windkraft verdienen einige ganz prächtig. Aber blechen dafür müssen alle.

Die Deutschen zahlen nicht nur Rekord-Strompreise, sondern auch Rekord-Steuern. Rot-Grün kümmert das nicht: Sie wollen noch kräftig obendrauf packen, um das Geld an ihre Klientel in der Sozial- und Integrationsindustrie zu verteilen. Und Schwarz-Gelb denkt auch nicht an Entlastung. Das Geld wird ja zum Euro-„Retten“ gebraucht.

Scheinasylanten, Sozialbetrüger, Mafiosi und Islamisten strömen durch scheunentorweit offene Grenzen ins Land. Politik und Medien

beschwichtigen, die Bürger, deren Stadtteile manchmal in wenigen Wochen umkippen, machen andere Erfahrungen. Wer kritisiert, kommt erst mal unter „Rassismus“-Generalverdacht. Die Probleme werden nicht gelöst, sondern mit Geld zugekleistert.

Das sind nur wenige Beispiele für Fehlentwicklungen, für die alle Altparteien im Bundestag gemeinsam verantwortlich sind. Wollen Sie die wieder vier Jahre einfach so weitermachen lassen? Oder Sie ziehen die Notbremse und wählen eine Partei, die die tabuisierten und schöngeredeten Probleme endlich offen anspricht und lösen will: Die Republikaner.

**Pkw-Maut: Seehofer auf Republikaner-Kurs**

**Auch da läuft etwas schief in Europa: Deutsche im Ausland zahlen Pkw-Maut, Urlauber und Transitreisende hierzulande nicht.**

Vor Horst Seehofer haben das andere lange schon bemerkt, wie der Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg vom 16. Oktober 1996 belegt.

Dort erklärt der Abgeordnete der Republikaner Klaus Rapp: „Wir werden unterstützen, dass in diesem Land Straßengebühren für den Transitverkehr eingeführt werden, weil das ein Stück Gerechtigkeit in Europa ist. Wir brauchen solche Gebühren in Deutschland, weil sie ganz Europa hat. Es kann nicht sein, dass unser Straßennetz von aller Welt zum Nulltarif benutzt wird und der Deutsche in aller Welt bezahlen muss.“

Falls Seehofer ernst machen will: Die Republikaner stehen bereit, um im bayerischen Landtag aufzupassen, dass es nicht bei der Wahlkampfkündigung bleibt.

**Wer Schwarzrotgrünelb wählt, kriegt die Quittung:**



**Kanzlerin Merkel und die Koalition machen auf heile Welt, SPD und Grüne hacken auf Nebenkriegsschauplätzen herum. Aber was passiert wirklich, wenn diese Parteien nach dem 22. September regieren dürfen? Ein Vorgeschmack:**

- Der Griechenland-Schuldenschnitt. Da können Merkel und Schäuble noch so oft leugnen und die Europäische Zentralbank noch so viel Inflationsgeld drucken und die Zinsen manipulieren: Griechenland ist pleite, und die deutschen Hilfsmilliarden sind weg. Früher oder später.

- Die „Bankenunion“. Europas Pleitebanken sitzen auf mehreren Billionen faulen Krediten. Die spanischen Banken werden als erste zusammenkrachen. „Bankenunion“ und „Europäische Einlagensicherung“, von der Koalition klammheimlich durchgewunken, heißt: Die deutschen Sparer haften mit dafür. Das wird richtig teuer.

- Neue Wuchersteuern. SPD und Grüne haben sie fest eingeplant, CDU und CSU kommen mit dem Geld auch nicht aus. Da wird ihnen noch einiges einfallen, um uns zu schröpfen.

- Fantastillionen für „Ökostrom“. Kaum ist die Wahl vorbei, wird die EEG-Umlage für 2014 festgesetzt. Erwartet werden mindestens 7 Cent pro Kilowattstunde. Nicht mehr als 3,5 Cent hat die Kanzlerin mal versprochen. Noch eine Merkel-Lüge.

**Merke: Wer Schwarzrotgrünelb wählt, wird abgezockt!**

**Am 22. September: Nicht vera ..... lassen – wählen gehen! DIE REPUBLIKANER**



## NIEDERSACHSEN

## Das Menetekel von Garbsen

Stellen Sie sich vor, eine Moschee oder Synagoge brennt ab bis auf die Grundmauern, angezündet von Religionshassern. Tagelang wäre das Thema auf den Titelseiten und in den Abendnachrichten.

In Garbsen bei Hannover wurde Ende Juli die evangelische Willehadi-Kirche von Brandstiftern bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Achselzucken in den überregionalen Medien, nur die Lokalzeitung berichtete etwas ausführlicher, befragte Zeugen und Anwohner.



Die berichteten von Dutzenden Brandstiftungen seit Jahresanfang, ständigen Übergriffen, Pöbeleien, Belästigungen, so dass viele sich nicht mehr auf die Straße trauen. Verantwortlich: Zwei ausländische Jugendgangs. Als die Kirche brannte und die Feuerwehr löschte, lachten und johlten die „Jugendlichen“ hämisch und provozierend. „Wenn sie eine Kirche anstecken, brennen demnächst Wohnhäuser“, fürchtet eine Nachbarin.

Politik und Amtskirche stecken feige den Kopf in den Sand. Vier zusätzliche Sozialarbeiter sollen sich um die türkisch-orientalischen Jungeinwanderer kümmern. Die werden sie genausowenig ernstnehmen wie die Justiz, die erst kürzlich einen ihrer Anführer trotz schwerster Delikte auf Bewährung freigelassen hat. Und die evangelische Kirche schweigt zu diesem Angriff, weil er nicht in ihr multikulturelles Weltbild passt.

Aber Garbsen ist ein Menetekel. Wir müssen die deutschenfeindlichen Hintergründe solcher Ausländergewalt, die meist als „Jugendgewalt“ verharmlost wird, klar beim Namen nennen. Für deutschenfeindliche Gewalt darf es weder Vertuschung noch Ausreden geben, sie muss offen diskutiert, dokumentiert und ebenso streng bestraft werden wie ausländerfeindliche Gewalt. Nur so lässt sich das Ansehen des Rechtsstaats und das Vertrauen der Bürger retten.

# Freiheit statt Ökoterror

Man kann leben, ohne Fleisch zu verzehren. Man muss es aber nicht. Man kann den Fleischkonsum reduzieren, aber niemand darf einen dazu zwingen. Weder die Massentierhaltung noch Ernährungsstudien rechtfertigen ein Fleischverbot. Wer heute einen „Veggie-Day“, zunächst in allen Kantinen und dann überall, einführen will, muss sich sein historisches Vorbild vorhalten lassen: Den Eintopf-Sonntag unseligen Gedenkens!



Da führt kein Argument vorbei: Die Grünen haben mit ihrem Vorschlag die Maske fallen gelassen. Sichtbar wird der totalitäre Grundzug der Melonenpartei: Die grünen Gutmenschen wollen bestimmen, wie der Bürger glücklich zu werden hat. Mit Tofu-Burger und Jute-Day im Multikulti-Einheitsbrei. Und über allem wacht der grüne Big-Brother,

der genau weiß, was für den grünen Einheitsmenschen gut ist.

Auf diese sozialistischen Ansätze pfeifen wir. Wir brauchen keinen grünlackierten Ökofaschismus, der uns vorschreibt, was wir wann essen dürfen. Wir brauchen keinen neuen Sozialismus, der als Bio-Heilslehre getarnt die staatliche Fremdbestimmung auf Kosten individueller Selbstbestimmung ausbaut.

Den Grünen wird oft zugutegehalten, dass es ihnen um den Erhalt der Umwelt ginge. Hier werden Mittel und Zweck verwechselt. Das Umweltargument dient den Grünen dazu, die Gesellschaft zu einer ökosozialistischen Einheitsgesellschaft umzukrempeln. Die Grünen wollen keine Freiheit – außer wenn es um

die eigenen Vorteile geht – sondern mehr staatlichen Dirigismus. Sie misstrauen dem Einzelnen und setzen auf Bevormundung durch Gutmenschen, die besser als die Bevölkerung wissen, was richtig ist. Und die natürlich aus den Reihen der Grünen stammen.

Leider laufen die Altparteien den Ökochimären hinterher und kauen diese mit zeitlicher Verzögerung wieder. Deshalb muss ein klarer Gegenpol gebildet werden. Umwelterhaltung ist ein freiheitlich-konservatives Anliegen, getragen von der Verantwortung für die Heimat, und kein Mittel zur Gesellschaftsveränderung. Wer die freie Republik ohne Soja-Zwangs-Schnittel will, wählt daher Republikaner.

Rolf Schlierer



## Republikaner entern Pirat-O-Mat

Da sind die tapferen hessischen Piraten als Hasenfüße über die Planke gegangen: Weil die Landeszentrale für politische Bildung sich diesmal zur Landtagswahl das Geld für den „Wahl-O-Mat“ sparen wollte – ein Internet-Portal, mit dem Wähler ihre eigenen Meinungen an den politischen Programmen der zur Wahl stehenden Parteien messen können – hatten die „Piraten“ den „Pirat-O-Mat“ als Ersatz geplant und die anderen Parteien zum Mitmachen eingeladen. Als gute Demokraten waren die Republikaner natürlich sofort zur Stelle. Mit der Nachricht, dass der Republikaner-Landesvorsitzende Hans-Joachim Münd die Einladung annimmt, war die „Piraten“-Basis dann allerdings schwer überfordert. Die Parteiführung, mit Beschimpfungen überschüttet, zog das Projekt zurück – und die Basis der Piraten hatte sich blamiert und „einmal mehr als intolerant und politikunfähig gezeigt“, wie Münd feststellte. Die Hessen haben dafür die Alternative, am 22. September bei der Bundes- und Landtagswahl die Republikaner zu wählen – und nicht die undemokratischen Ausgrenzer und Deutschland-Abschaffer.

## Erneuerbare Abzocke

„Die Sonne schickt keine Rechnung“ – mit Sprüchen wie diesen preist man Solarstrom gerne an. Politik und Energieversorger schicken dafür um so dickere Rechnungen. Wenn im Oktober die Höhe der Umlage zur Ökostromfinanzierung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für 2014 bekanntgegeben wird, steigt sie nach den vorliegenden Zahlen wieder um ein Drittel von derzeit 5,3 Prozent je Kilowattstunde auf dann über 7 Cent. Vor weniger als zwei Jahren hat die Merkel-Regierung versprochen, sie werde nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen. Dieser Merkel-Betrug wird für die Bürger noch teurer als der Soli, den die Altparteien am liebsten in alle Ewigkeit fortschreiben würden.



Hässlich, ineffektiv und teuer für den Bürger: Solarstromanlage.

Bereits jetzt belastet die EEG-Umlage die Deutschen jährlich mit zweistelligen Milliardenbeträgen, die in ineffektive Windräder und Solaranlagen gesteckt werden und für die Erforschung besserer und grundlastfähiger alternativer Energieträger fehlen. Dabei können hunderttausende Haushalte schon jetzt ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Eine weitere Erhöhung der Umlage wird die Verarmung von Mittelschicht und Geringverdienern und die Demontage des unternehmerischen Mittelstands weiter verschärfen.

Schwarz-Gelb hat vier Jahre lang nichts getan, um dieses längst bekannte Problem in den Griff zu bekommen. Rot-Grün denkt gar nicht daran, die heilige Ökostrom-Kuh anzutasten, und will mit höheren Belastungen für gewerbliche Stromkunden die Deindustrialisierung Deutschlands vorantreiben. Wer die Nase voll hat von ständig steigenden Steuern und Abgaben, hat bei der Wahl im September trotzdem eine Alternative: Die Republikaner, die konsequent für die Abschaffung von Soli, GEZ-Rundfunksteuer und EEG-Umlage eintreten.



Schau doch mal vorbei!

## Her mit den Sozialwohnungen!

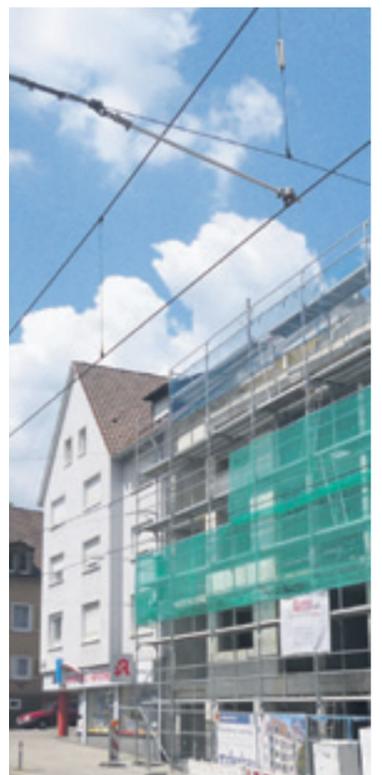
Bezahlbare Wohnungen werden in den Großstädten Mangelware. Steigende Mieten ruinieren Familien mit schmalen Geldbeutel, oft bleibt, wenn die Wohnung bezahlt ist, kaum noch was zum Leben. Sozialwohnungen müssen her – aber in vielen Bundesländern werden kaum noch welche gebaut.

Viele Kommunen stoßen ihre Wohnungsbestände ab, um die Haushalte zu finanzieren. Manche Länder verwenden Fördermittel des Bundes, um Altbestände zu sanieren oder frühere Verpflichtungen abzutragen, statt neue Wohnungen für ihre Bürger zu bauen.

Hier muss sich etwas ändern. Städte und Bundesländer können sich nicht einfach aus ihren Verpflichtungen für die eigenen Bürger davonestehlen. Kommunale Wohnungen dürfen nicht verramscht werden, um Haushaltslöcher zu stopfen, sondern müssen für die Leute da sein. Dasselbe gilt für Wohnungsbestände im Landes-eigentum.

Aber auch Missbrauch muss abgestellt werden. Sozialwohnungen

sind vor allem für die Bürger da, die arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und trotzdem kaum über die Runden kommen. Dafür setzen sich die Republikaner ein.



## Tschetschenische Zeitbombe in Deutschland

**Eisenhüttenstadt: Ein tschetschenischer Asylbewerber schlägt mit seinem Rollkommando ein tschetschenisches Ehepaar krankenhaushausreif – wegen „unislamischen Verhaltens“. Er gilt als Mitglied der Terrorgruppe „Kaukasisches Emirat“; zwei Mitglieder dieser Gruppe haben den blutigen Terroranschlag auf den Boston-Marathonlauf verübt. 200 Mitglieder der Terrorgruppe, darunter die führenden Köpfe, sind nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern in den letzten Monaten als Asylbewerber nach Deutschland gekommen.**

Tausende Tschetschenen beantragen jeden Monat Asyl in Deutschland, oft angelockt und geschleust durch tschetschenische Mafia- und Menschenhändleringere. Für organisierte Kriminalität und islamistischen Terrorismus ist das ein praktisch unbegrenztes Rekrutierungspotential. Der massenhafte Asylmissbrauch durch illegal eingereiste Tschetschenen wird für Deutschland zur Zeitbombe.

Nach der Drittstaatenregelung müssten die Tschetschenen, die in der Regel über die weißrussisch-polnische Grenze auf EU-Gebiet gelangen, in Polen Asyl beantragen

und ihr Verfahren abwarten. Polen hat aber nur geringes Interesse, illegale tschetschenische Einwanderer aufzuspüren und zurückzuschicken, wenn diese ohnehin von vornherein die Einwanderung ins Sozialleistungs- und Schleuserparadies Deutschland anstreben. Das Schengen-System versagt hier also.

Als Konsequenz fordern die Republikaner die sofortige Wiedereinführung ständiger Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze sowie die schnelle und konsequente Abschiebung aller illegalen Einwanderer. Sonst tanzt uns die kaukasische Mafia auf der Nase herum.

## Die Geschäfte der Asyl-Lobby

**„Flüchtlinge haben keine Lobby“, erklären Gutmenschen gerne, wenn sie auf die Tränendrüse treten. Was für eine Heuchelei. Die Asyl-Lobby ist eine der größten und am besten vernetzten im Land, und sie betreibt ein Milliardengeschäft, für das die moralisch erpressten Bürger klaglos zahlen sollen.**



„Pro Asyl“ und Caritas, Sozialverbände und Kirchen, Asylanwälte und Sozialarbeiter handeln nicht selbstlos, wenn sie Arbeits- und Bleiberechte, die Öffnung der Grenzen, größere Unterkünfte, mehr Geld und Versorgungsansprüche für Asylbewerber fordern. Es geht ihnen nicht darum, Verfolgte zu schützen. Jeder soll kommen, nicht obwohl, sondern gerade weil er in die Sozialsysteme einwandern möchte. Denn das Geld, das dort verteilt wird, fließt zu einem großen Teil in die Kassen der Integrationsindustrie. Bis zu einer Million Menschen leben in Deutschland direkt oder indirekt von dieser Industrie, die ständig neue Klienten braucht.

Mit diesem Machtkomplex will sich die etablierte Politik genauso wenig anlegen wie die Justiz, und die Medien sind voll von willigen Verbündeten. Zahlen sollen dafür

die Bürger, und damit die ausgeplünderten Steuerzahler nicht doch noch aufmucken, setzt man sie moralisch unter Druck. Die Anhebung der Geldzahlungen an Asylbewerber durch das Verfassungsgericht im letzten Sommer war ein spektakulärer Erfolg der Asyl-Lobby, der wie eine Freibiereinladung wirkt. Seither rollt die Lawine: Die Asylbewerberzahlen haben sich in diesem Jahr verdoppelt, hunderttausend werden es wohl bis Jahresende.

Wir müssen jetzt handeln, um das Asylrecht wieder auf seinen Kern zu beschränken, bevor die Lage wieder außer Kontrolle gerät: Verfolgte schützen – nur wenige Prozent der heutigen Asylbewerber gehören dazu – Missbrauch abschrecken, Unberechtigte sofort nach Hause schicken. Im Interesse der eigenen Bürger. Denn es ist ihr Land.

## Armutseinwanderung: Handeln statt kapitulieren!

**„Armutseinwanderung gefährdet den sozialen Frieden in den Großstädten“, warnte ein internes Papier der öffentlichen Verwaltung im Juli. Die Missstände wurden deutlich beim Namen genannt: „extreme Belegung von baufälligen, unbewohnbaren Liegenschaften mit illegalen Matratzenlagern“, „Vermüllung von Liegenschaften“, „verstärkte Beschwerden über lautstarke Menschenansammlungen zu frühen Morgenstunden“, „große Schwierigkeiten an Schulen mit schulpflichtigen Kindern aus Bulgarien und Rumänien, die kein Wort Deutsch sprechen“ und zunehmende Straßenprostitution.**



Wenn ganze Straßen zu Slums werden – nicht nur im hessischen Hanau.

Das Problem ist Folge eines Missbrauchs der EU-Freizügigkeit: In den letzten drei Jahren ist fast eine halbe Million Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland gekommen, zum großen Teil Zigeuner vom Volk der Roma. Viele nutzen eine Lücke im Sozialgesetz: Sie melden pro forma ein „Gewerbe“ an, beantragen Kindergeld und stocken ganz legal auf Hartz IV auf.

Die Politik kuriert nur an den Symptomen. Die NRW-Landesregierung gibt ihren klammen Städten 7,5 Millionen Euro für „Integrationsmaßnahmen“, um „den sozialen Frieden zu sichern“. Das ändert aber keine Mentalitäten, gibt

den eingesessenen Bürgern ihre entfremdeten Stadtteile nicht zurück und ist ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Anfang 2014 fallen die Freizügigkeitsbeschränkungen weg, dann sitzen im armen Südosten Europas Millionen auf gepackten Koffern.

In dieser Situation muss Sozialhilfeerschleichung mit schärferen Regeln und strengen Kontrollen verhindert und mit Ausweisung geahndet werden, Grenzkontrollen wiedereingeführt und notfalls die europäischen Verträge geändert werden. Dafür stehen die Republikaner. Deutschland kann nicht das Sozialamt des ganzen Kontinents sein.

## Asylextremisten erpressen Staat und Bürger

**Es begann in Berlin, mit der Errichtung von „Asylcamps“ und der Besetzung einer Schule in Kreuzberg. Dann in Wien die Okkupation einer Kirche. In Stuttgart kampierten herangekarrte Asylbewerber vor dem „Integrationsministerium“. Und der in München veranstaltete Hunger- und Durststreik von angeblich zu Tode verzweifelten Asylbewerbern spielte gar zynisch und skrupellos mit Menschenleben.**

Das Ziel ist klar: Staat und Gesellschaft sollen durch die Inszenierung angeblichen Flüchtlings-Elends erpresst werden, um das Asylrecht weiter aufzuweichen, Beschränkungen aufzuheben, mehr Geld zu verteilen. Die Asylbewerber protestieren nicht aus eigenem Antrieb, sie werden mobilisiert, instruiert und aufgehetzt von organisierten Linksextremisten, die für die Asyllobby die Drecksarbeit erledigen. In München wurde das besonders deutlich: Da nannten die Flugblätter der asylextremistischen „Unterstützer“ zu Tode gehungerte RAF- und IRA-Terroristen als Vorbild – die Flüchtlinge sollten als Selbstmordattentäter des Gutmenschenterrors missbraucht werden, um dem Rechtsstaat den Krieg zu erklären.

Diese Inszenierungen sind eine Verhöhnung aller Bürger und Steuerzahler, auf deren Kosten beide leben, Asylbewerber und Asyllobby. Statt Dankbarkeit bekommen sie dafür auch noch unverschämte „Rassismus“-Vorwürfe. Die Behörden haben die Pflicht, solche offenen Gesetzesbrüche sofort und im Ansatz zu beenden und keine rechtsfreien Räume zu dulden. Das ist die beste und wirksamste „Deeskalation“.

### KOMMENTAR ...



### Liebe Leser,

über zwanzig Jahre ist her, als die Wogen der Asylschwemme über Deutschland zusammenschlugen. Zeit genug für die Politik, die Fehler von einst zu erkennen und zu vermeiden. Doch die aktuelle Entwicklung zeigt das Gegenteil. Die Zahl der Asylbewerber hat sich seit letztem Jahr wieder verdoppelt. Die meisten Asylbewerber stammen aus Russland, d. h. aus Tschetschenien. Darunter wohl zahlreiche gewaltbereite Islamisten. Die Anerkennungquote für eine Asylberechtigung beträgt derzeit gerade mal ein Prozent. Selbst wenn man die Abschiebungsverbote berücksichtigt, ist der Missbrauch des Asylrechts unübersehbar. Das wird auch bei den Asylbewerbern aus Serbien deutlich, der drittgrößten Antragstellergruppe. Die Anerkennungsquote ist hier fast Null. Zu den Asylbewerbern kommen dann noch die Kontingentflüchtlinge und ab Januar nächsten Jahres die Wirtschaftsmigranten aus Rumänien und Bulgarien. Die nächste Zuwanderungswelle rollt auf uns zu. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass es sich hier um nicht integrierbare Gruppen handelt, die unseren Sozialstaat und die Xenophilie der Gutmenschen schamlos ausnützen. Wer Kritik daran übt, sieht sich dem üblichen Schlagtotwort von der Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt. Und wenn das nicht reicht, wird die NSU-Keule geschwungen.

Da hilft nur eins: Der Artikel 16 a muss als Grundrecht gestrichen und durch eine einfach-gesetzliche Regelung ersetzt werden. Und in diesem Gesetz werden dann die Kriterien festgeschrieben, die Voraussetzung für eine Aufnahme in Deutschland sind. Eine alte Forderung der Republikaner – so richtig und aktuell wie eh und je! Wir haben gelernt, die anderen nicht! Deshalb stellen wir uns auch zur Wahl. Als konsequente Demokraten und Republikaner.

Ihr Rolf Schlierer

Werde jetzt Fan und erfahre alle News noch schneller

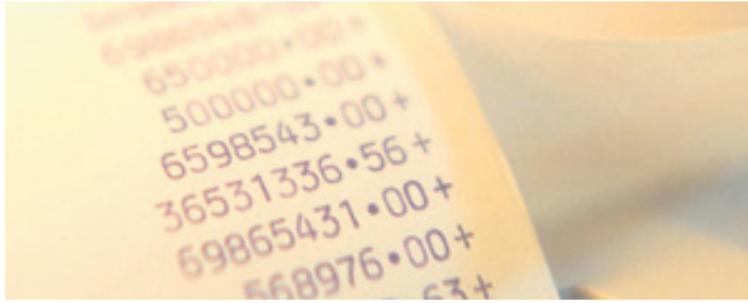


www.rep.de/facebook



## Wollen Sie das wirklich alles zahlen?

Die Euro-„Rettung“ habe Deutschland noch keinen Euro gekostet, pflegt Bundesfinanzminister Schäuble den Deutschen immer mal wieder vorzugaukeln, um uns bis zur Wahl einzulullen. Von wegen: 13 Milliarden sind bereits an den als Dauer-„Rettungsfonds“ eingerichteten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ ESM überwiesen. Deutschland haftet für bis zu 190 Milliarden Euro; wenn sich die Euro-Krise verschärft und Italien, Frankreich und andere als Bürgen ausfallen, kann die deutsche Haftung bis auf 700 Milliarden steigen.



Selbst das ist noch nicht alles. Für die bisherigen „Rettungsfonds“ EFSF und EFSM und für bilaterale Kredite haftet Deutschland bereits mit 122 Milliarden Euro. Der Löwenanteil ging nach Griechenland; nach dem absehbaren nächsten Schuldenschnitt dürfte das Geld zum größten Teil weg sein. Maximal haftet Deutschland im EFSF für 211 Milliarden Euro. Und: Durch manipulierte EZB-Niedrigzinsen verlieren deutsche Anleger bis Jahresende hundert Milliarden an Zinsen, die bei der Altersvorsorge fehlen.

Die Bundesbank hat Merkels und Schäubles Lügengebäude jetzt in der Luft zerrissen. Ein internes Papier sagt: Bereits kurz nach der Bundestagswahl kommt das nächste „Rettungsprogramm“ für Griechenland. Die Auszahlung der letzten Kredite an Athen war bereits „politischen Zwängen geschuldet“. Heißt im Klartext: Die Euro-„Retter“ haben mit dem Geld der Steuerzahler noch mal Zeit gekauft bis zum Wahltag und das Desaster vergrößert.

Diese faule Strategie muss abgestraft werden. Wir müssen das Euro-Kartenhaus abwickeln, bevor die Kosten für Deutschland und die Deutschen ins Unermessliche steigen. Mit den Republikanern gibt es eine Alternative, die seit zwanzig Jahren konsequent gegen die Ausplünderung der Deutschen durch Euro und Währungsunion kämpft.



## Ist unser Gold schon weg?

China, Russland, Indien und weitere Schwellenländern kaufen in der Krise munter Gold, um ihre Staatsreserven abzusichern. Deutschland, Hauptsponsor der Euro-„Rettung“, verkauft. Aber wo ist eigentlich der Rest des offiziell immer noch knapp 3.400 Tonnen schweren deutschen Goldschatzes? „Deutschland wird das Gold nie wiedersehen“, prophezeit US-Finanzmanager William Kaye. Grund: Die US-Notenbank Fed, die 45 Prozent der deutschen Goldreserven lagert, verleiht regelmäßig das ihr anvertraute Gold an Banken, die damit handeln und so den Goldpreis drücken. Das physische deutsche Gold sei längst in China und anderswo eingeschmolzen, Deutschland habe nur noch den Anspruch darauf. Wäre es anders, würde es nicht sieben Jahre dauern, bis ein Fünftel des in den USA gelagerten Goldes, 300 Tonnen, wie von der Bundesbank angekündigt nach Deutschland zurückkehrt, meint der Schweizer Investor Marc Faber. Um so richtiger ist die Forderung der Republikaner: Verlangt unser Gold zurück, jetzt, sofort, und holt es nach Deutschland – wir werden es dringend brauchen für die Zeit nach dem Euro.

### Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

 Ich wünsche weitere Informationen.

 Ich möchte Mitglied werden.

 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

## Viel Wahlkampfplärm – nichts Neues



Der große Bruder hört mit – Abhöranlage in Menwith Park (Foto: wikimedia).

Die Debatte über die NSA-Ausspähaffäre gerät zum Wahlkampftheater der Berliner Laienschauspielschar am Platz der Republik. Soll heißen: Zur kleinkarierten Show kleinkariierter Politiker. Alle sitzen im Glashauss und werfen die dicksten Brocken in der Hoffnung, es würde ein paar Wählerstimmen bringen. Dem Bürger wird damit nicht geholfen, allenfalls nützt der Zirkus den Chaoten von der Piratenpartei.

Jedem, der ein wenig politisch denken kann, war klar, dass Deutschland nicht souverän ist und dass es weiter Rechte der Siegermächte gibt. Niemand wird erwartet haben, dass Geheimdienste das Netz aussparen. Deshalb ist die Aufregung über die NSA und Prism unredlich. Erinnern wir uns: Es war ausgerechnet der Ex-RAF-Anwalt Otto Schily, der dem Ausspähen von staatlichen Geheimdiensten Tür und Tor öffnete. Schily bezichtigte nach Mogadischu die Sicherheitsbehörden, die Häftlinge in Stammheim umgebracht zu haben. Heute geht für Schily die größte Gefahr vom Terrorismus aus. In Wirklichkeit droht unserer Demokratie die größte Gefahr von Wendehälsen wie Schily.

Schily war unter Rot-Grün Bundesinnenminister. Steinmeier war damals Kanzleramtsminister. Beide sind in der SPD und haben der NSA den Weg geebnet. Deshalb sind Rot-Grün und Schwarz-Gelb dieselben Pfeifen. Bis heute haben sie nichts unternommen, die Souveränität Deutschlands wiederherzustellen und Klartext mit den Verbündeten zu reden. Merkel druckst herum und Steinbrück drischt hohle Phrasen. Solche Figuren kann man nicht wählen. Wer die Republik schützen will, braucht Republikaner!

## Nahostpolitik – aber bitte im deutschen Interesse!

Außenminister Westerwelle leistet sich zum Abschied Chaostage in Nahost. In Syrien hält er an der Unterstützung der „Rebellen“ gegen die Regierung Assad fest, obwohl längst jeder weiß, dass diese von radikalen Islamisten dominiert werden, die aus dem arabischen Land einen endlosen Unruheherd mit Millionen-Flüchtlingsströmen nach Europa machen werden. Und in Ägypten hofiert er die Anhänger des vom Militär wegen Unfähigkeit und Islamismus gestürzten Präsidenten Mursi, obwohl dessen „Muslimbrüder“ das Land in kürzester Zeit noch tiefer in den Abgrund gewirtschaftet haben und für verschärfte Christenverfolgung stehen.

Schöngestig über „Demokratie“ und „Menschenrechte“ zu dozieren, ohne das Gesagte an der Realität zu überprüfen, ist nicht Aufgabe eines Außenministers. Er hat zuerst das Interesse des eigenen Landes im Auge zu behalten. Und das heißt: Keine Entwicklungen zu unterstützen, die unweigerlich in Chaos und Anarchie münden und den Islamismus weiter ausbreiten. Deutschland braucht weniger Schaumschlägerei und mehr Realpolitik.

### VERANSTALTUNGSTERMINE

#### Karlsruhe Land:

Informationen zu Stammtischen und Infoständen unter [www.rep-rheintal.de](http://www.rep-rheintal.de)

#### Aschaffenburg:

Stammtisch jeweils am letzten Montag im Monat. Info unter 06021/450925 oder 0173/3057176

#### München:

Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/21583679

#### Erding:

Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenvirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717

#### Nürnberg:

Frühschoppen jeden ersten Sonntag im Monat nach Anruf unter 0171/1444647 oder 0911/2876173

#### Nürnberger Land:

Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 0176/5424796

#### Würzburg:

Bürgersprechstunde jeden ersten Samstag im Monat auf dem „Sternplatz“. Info unter 09303/8489

#### Frankfurt am Main:

Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500

#### Kassel

trifft sich vierwöchentlich! Tel. 0661/603746

#### Düsseldorf:

Monatlicher Informations-/Bürgerabend. Einladung schriftlich über den Kreisverband: [duesseldorf@rep.de](mailto:duesseldorf@rep.de) oder Tel./Fax 0211-6022383

#### Köln:

Jeden Monat links- und rechtsrheinisch zwei Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: [koeln@rep.de](mailto:koeln@rep.de)

#### Stolberg:

Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter 0176/49997937 oder 0173/7736499

#### Wuppertal:

Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt: [rep-wuppertal@thomaski.de](mailto:rep-wuppertal@thomaski.de); DIE REPUBLIKANER, Postfach 130820, 42035 Wuppertal; oder Tel. 0171/4159286

Bitte teilen Sie weitere Termine der Bundesgeschäftsstelle oder direkt über [zeitung@rep.de](mailto:zeitung@rep.de) mit!

## Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

### Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlenanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative

Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative: **RICHTIG EHRliche POLITIK**

**Spendenkonto Nr. 387 450 460, Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)**

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

### Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

Die Republikaner, Bundesverband  
Münchner Str. 4, 86438 Kissing

DIE REPUBLIKANER

REP

### Impressum

DIE REPUBLIKANER, Geschäftsstelle  
Münchner Straße 4, 86438 Kissing

Telefon (0 82 33) 795 08 71

Fax (0 82 33) 795 11 38

E-Mail: [info@rep.de](mailto:info@rep.de), Internet: [www.rep.de](http://www.rep.de)

V.i.S.d.P.: Dr. Rolf Schlierer